

# Sitzungsvorlage

## SV-7-0547

Abteilung / Aktenzeichen		Datum	Status
51-Jugendamt/		06.11.2006	öffentlich
Beratungsfolge		Sitzungstermin	
Jugendhilfeausschuss		29.11.2006	

Betreff **Einrichtung eines "Frühwarnsystems", Antrag der SPD-Fraktion v. 18.10.2006**

### Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Schritte für die Einrichtung eines „Frühwarnsystems“ vorzubereiten, so dass eine Umsetzung dieses „Frühwarnsystems“ im ersten Halbjahr 2007 gewährleistet werden kann.

Vorgelegt gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 28 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Coesfeld und seiner Ausschüsse v. 13.10.2004

**Begründung:**

Die in den vergangenen Wochen bekannt gewordenen Todesfällen von kleinen Kindern bestimmen die Diskussion im Moment nicht nur in den Medien. Auch viele Kreistagsmitglieder werden zunehmend von Bürgerinnen und Bürgern gefragt, wie eigentlich die Situation im Kreis Coesfeld ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben in erschreckender Weise gezeigt, dass es (gerade sehr junge) Eltern gibt, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind. Diese Eltern haben häufig Probleme, den Alltag mit ihren Kindern zu gestalten. Sie wissen zu wenig um die Bedürfnisse der Kinder und sind selbst oft in schwierigen Lebenssituationen.

Ein „Frühwarnsystem“ ist hier der richtige Schritt, um Kindern aus einem solchen Umfeld eine Chance und den Eltern die nötige Unterstützung zu geben. Genau das ist die Zielsetzung eines solchen Systems: MIT den Eltern FÜR die Kinder arbeiten. Durch Vernetzung und Zusammenarbeit mit Gynäkologen, Hebammen, Kinderärzten, Jugendamtsmitarbeitern, Familienhilfen, Suchtberatungen, Erziehungsberatungen u.v.a.m. kann das „Frühwarnsystem zu einem Zeitpunkt greifen, an dem Schulen und Kindergärten noch außen vor sind. Durch individuelle Hilfsangebote können überforderte Eltern so gestärkt werden, um gerade kleine Kinder zu schützen.

**Zuständigkeit für die Entscheidung**

Gemäß § 71 SGB VIII und § 5 der Satzung für das Jugendamt des Kreises Coesfeld ist der Jugendhilfeausschuss für die Entscheidung in dieser Sache zuständig.

Anlage: Antrag der SPD-Fraktion